

Inserate
werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
S. 10. 10. 10. 10. 10. 10.
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 17, 18.
H. 10. 10. 10. 10. 10. 10.
J. 10. 10. 10. 10. 10. 10.
Verantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Bosen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
K. 10. 10. 10. 10. 10. 10.
H. 10. 10. 10. 10. 10. 10.
J. 10. 10. 10. 10. 10. 10.
Verantwortlich für den
Inseratenthail:
J. Klugkist
in Bosen.

Nr. 843

Donnerstag, 1. Dezember.

Am Freitag, 2. Dezember, wird die
Morgenausgabe 20 Pf., die Mittagsausgabe 25 Pf., die Abendsausgabe 30 Pf., in der Stadt Bosen, 5, 45 M. für
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

1892

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 30. November, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die **erste Beratung des Etats**.
Schatzsekretär **v. Maltahn** geht zunächst auf das Etats-
jahr 1891/92 ein, aus dem ein Ueberschuß von etwa 4 Millionen
Mark in den laufenden Etat eingestellt ist. Der Ueberschuß be-
ruht darauf, daß der Anteil des Reiches an dem Geschäftsgewinn
der Reichsbank höher gewesen sei, als sonst. Redner geht sodann
auf den laufenden Etat des Jahres 1892/93 ein. Es
ist wahrscheinlich, daß die Wirtschaft dieses Jahres mit einem
Fehlbetrag von etwa 6 Millionen M. abschließen wird. Auf
Mehrausgaben werden wir zu rechnen haben im Betrage von
18 1/2 Millionen, denen Minderausgaben in Höhe von 2 Millionen
gegenüberstehen, wesentliche darüber hervorgerufen, daß eine Aus-
gabe von Schatzanweisungen in diesem Jahre nicht notwendig geworden
ist. Nach Abzug dieser 2 Millionen haben wir rund 16 1/2 Mill. Mehr-
ausgaben zu erwarten, denen gegenüber stehen Mehreinnahmen von
10 1/2 Millionen. An den Mehrausgaben sind betheiligt das
Auswärtige Amt, das Reichsamt des Innern mit
2 1/2 Millionen Mark, worunter einbezogen sind die Ausgaben für
Unterstützung der Familien der zur Friedensübung eingezogenen
Mannschaften und der Heeresverwaltung mit 15 1/2 Mill. Die
Steigerung der Ausgaben beim Heere ist hervorgerufen haupt-
sächlich durch die Steigerung der Preise für Naturalien, welche
einen Mehraufwand von 8 Millionen veranlassen. Zudem sind
die Unteroffizierprämien im ersten Jahre naturgemäß stärker in
Anspruch genommen worden. Dem gegenüber stehen Mehrein-
nahmen von etwa 10 Millionen: bei der Zuckermaterialsteuer rund
3 Millionen, bei der Majestäten 1 Million, bei der Brausteuer
1 Million, beim Spielartensteuern 2 1/2 Millionen. Wir rechnen
ferner auf ein Mehr bei den Zöllen und bei der Tabaksteuer auf
1 1/2 Millionen. Dagegen wird eine Mindereinweisung bei der
Brantweinverbrauchsabgabe von 3 1/2 Millionen und ebenso eine
Mindereinweisung bei den Stempelabgaben stattfinden, so daß sich
die Mehreinnahmen an die Einzelstaaten im ganzen auf
1 1/2 Millionen stellen. Die Veranschlagung der Einnahmen aus
den Zöllen ist in diesem Jahre besonders schwierig. Weil
die Ernte heuer geworden ist, wird die Zufuhr ausländi-
schen Getreides in diesem Winter wesentlich hinter der vor-
jährigen zurückbleiben. Zudem wir zum Herbst die Monate
August bis Oktober 1892, die bereits unter dem Einfluß der dies-
jährigen Ernte standen, nahmen, sind wir auf die Zahl von 11 1/2
Millionen Mehreinnahmen aus den Zöllen gekommen. Der vor-
liegende Etat 1893/94 nimmt in Aussicht ein Mehr bei den
Materialbeiträgen von 34 858 000 M. Die in Aussicht genom-
menen Ueberschüsse werden etwas zurückbleiben hinter dem
Etat des laufenden Jahres, so daß den Bundesstaaten etwa 1 1/2
Millionen weniger werden überwiegen werden und sie also nur 30
Millionen schlechter als im Vorjahre gestellt sein werden. Die
Differenz zwischen dem Ueberschuß des vorliegenden Etats und des
vorjährigen Etats stellt sich auf 11 Millionen M. An Ausgaben-
steigerungen sind zu verzeichnen 28 Millionen M. Hier von kom-
men auf die Vermehrung der Schuldenzinsen etwa 5 Millionen M.,
auf die Steigerung des Pensionsfonds 2 Millionen, auf Mehraus-
gaben für die Invaliditäts- und Altersversicherung etwa 8 1/2 Mil-
lionen, auf die Unterstützung der Familien der zu Friedensübun-
gen einberufenen Landwehrleute 2 Millionen. Die übrigen Mehraus-
gaben betreffen Heer und Marine. Darunter sind fünf
Millionen, für welche später ein voller Ersatz eingeht. Es
handelt sich um einen Ersatzplan des Gardekorps, nach dessen
Beschaffung andere Ersatzplätze zur Veräußerung gelangen wer-
den. Bezüglich des Marineersatzes wird die Ginnahmen der Zuckerver-
steuerung mit einem Minus von 1 1/2 Millionen gegen früher abschließen
als Folge der höheren Ausfuhrprämien in dem jetzigen Ueber-
gangsstadium. Bei der Brantweinverbrauchsabgabe ist die Ueber-
weisung um 2 1/2 Millionen niedriger. Es ist uns daher nicht
möglich gewesen, auf eine weitere systematische Erhöhung der
Besoldungen der Beamten einzugehen, was auch er-
schwert worden ist durch die Finanzlage des größten Bundes-
staates Preußen, in dem eine solche Vermehrung der Ausgaben
auch nicht eintritt. Die einzige finanzielle Aen-
derung in dem Etat ist die, daß ein Teil des Extra-
ordinariums in das Ordinarium übernommen ist, nämlich 12
Millionen. Es hat aber dies nicht seinen Grund in einer
Aenderung des Prinzips, sondern darin, daß eine Ermittlung des
zeitigen Wertes des schwimmenden Materials der Marine einen
Mehrwert von 48 Millionen ergab. Ich wende mich kurz zu der
beabsichtigten Heeresvermehrung, deren Kosten
durch Erhöhung der Einnahmen des Reiches gedeckt werden müssen.
Redner geht auf die bekannten Pläne zur Deckung der Kosten für
die Heeresvermehrung ein und berührt die Brau-, Zöllen- und
Brantweinsteuerprojekte. Eine Verstärkung der Be-
triebsfonds des Reiches auf 72 Millionen ist als
unbedingt notwendig anerkannt worden. Dafür sollen jedoch nur
diejenigen 4 Millionen aus Anleihen gedeckt werden, welche zur
Verstärkung der Betriebsfonds der Reichspostverwaltung bestimmt
sind. Das fehlende soll der Invaliditätsfonds hergeben. Ich bitte
den Reichstag, die Etatsvorlage eingehend und wohlwollend zu
prüfen.

Abg. Friese (Str.) wünscht zunächst eine separate Behandlung
der Vorlage betr. Entnahmen aus dem Invaliditätsfonds zur Ver-
stärkung der Betriebsfonds des Reiches. Die Verhältnisse im
Reiche sind keineswegs glänzend, trübe sieht es sowohl bei den
großen Unternehmungen als unten beim Arbeiter und Handwerker
aus. Den berechtigten Forderungen des Handwerks muß viel mehr
von der Regierung Rechnung getragen werden, erfreulich ist die
günstige Ernte, welche die Krisis bedeutend abgemildert hat. Ein
weiterer günstiger Umstand ist der Umschwung in den Zollverhält-
nissen der Vereinigten Staaten, wodurch sich der Export im nächsten
Jahre hoffentlich steigern wird. Betreffs der Mehrausgaben
beruhen die für Invaliditätsversicherung und für die Angehörigen

der Mannschaften des Beurlaubtenstandes bei Friedensübungen
auf Gesez, und namentlich die letztere Ausgabe begrüßen wir mit
Freude. Der Kolonialetat weist nur bei Südwestafrika ein
kleines Minus auf. Hoffentlich bewahrt sich die Ansicht der
Denkschrift, daß die Einnahmen einmal die Ausgaben decken werden.
Aber wir haben den Kolonialetat ja weniger aus materiellen als
aus idealen Gründen bewilligt. Die Ausgaben für die
Heeresverwaltung werden in der Kommission eingehend
geprüft werden müssen, vor Allem aber diejenigen für die
Marine. Wenn wir ein so starkes Landheer haben, so werden
wir es uns auf die Dauer doch versagen müssen, jährlich
in die Hunderte von Millionen dafür auszugeben. Aber eine Mehr-
ausgabe von 90 Millionen, wie sie in diesem Etat verlangt wird,
übersteigt unsere Kräfte, und ich halte es für ausge-
schlossen, daß auch nur annähernd diese Summe
bewilligt wird. Die Reichsschuld hat sich wesentlich vermehrt
und erfordert eine Verzinsung von 9 Millionen Mark. Aus den
Betriebsergebnissen der Reichseisenbahnen und Postverwaltung kann
nicht einmal die Hälfte der Zinsen gedeckt werden. Die hohe Steig-
erung der Schulden ist wesentlich mit verschuldet durch den Mangel
jeglicher Tilgung. Deutschland steht in dieser Beziehung hinter allen
anderen eur. Staaten zurück, ja sogar hinter Rußland. Wohin soll
dieses Vorgehen bei uns auf die Dauer führen? Bei uns borgt
alles! Reich, Einzelstaat, Provinz, Kreis, Gemeinde. Ein zweiter
Grund der großen Schuldenlast ist die ungeheure Vermeh-
rung des Heeres. Das kann noch eine zeitlang so gehen, aber
schließlich muß es doch ein Ende mit Schreden nehmen. Es giebt
nur folgendes Mittel zur Beilegung des Uebelstandes: ein allge-
meines europäisches Schiedsgericht, wozu heute noch
wenig Lust zu finden ist, aber ein allgemeiner europä-
ischer Krieg, dessen Aussichten sich nicht vorherzusehen lassen.
Schließlich kann es noch dazu kommen, daß die Sozialdemokratie
oder gar der Anarchismus sich der Herrschaft bemächtigt.

Abg. Richter (Str.): Es ist ein alter Brauch, bei der ersten
Etatberatung an der Hand des Etats einen Blick über die Staats-
sachen hinaus auf die allgemeine politische Situation
zu werfen, welche gegenwärtig für uns durch die neue Militä-
vorlage gekennzeichnet wird. Niemals, so lange der Reichstag
gegründet ist, ist eine Vorlage von diesem Umfange an das Haus
gelangt. Es handelt sich um eine Erhöhung der Friedenspräsenz-
stärke um mehr als 100 000 Mann und eine Steigerung der ordent-
lichen Ausgaben um 64 Millionen Mark. Es ist nicht angebracht,
heute schon über die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke im Ein-
zelnen zu sprechen, über die Fragen der neuen Kadres, der Militär-
dienstzeit, über das Duingenat, aber ich halte es wohl für ge-
boten, angesichts dieser Vorlage über die Wehrverhältnisse,
wie sie sich bis jetzt gestaltet haben, und über die Finanzen der
Militärverwaltung, angesichts deren uns solche Verlangen gemacht wer-
den, mich näher auszuprechen. Auch der Schatzsekretär hat in
seinen einleitenden Worten bereits einen Blick geworfen auf das
Programm der neuen Steuern, welches der Militärvorlage folgen
soll. Ich muß in meinen Ausführungen auch der neulichen Rede
des Reichskanzlers gedenken, nicht in Bezug auf die Begründung
der neuen Vorlage im einzelnen, sondern in Bezug auf seine allge-
meinen Betrachtungen über die gegenwärtigen Verhältnisse, über die
Wehrverhältnisse und über finanzielle Fragen. Der Reichs-
kanzler Fürst Bismarck hat es einmal als das Recht des Reichs-
kanzlers im Anspruch genommen, sich selbst zu widersprechen, das
jenige nachdrücklich zu nennen, was er früher selbst als weis be-
zeichnet hat. Aber Fürst Bismarck hat von diesem Recht niemals in
so drastischer Weise Gebrauch gemacht wie der gegenwärtige Reichs-
kanzler, wenn man seine Rede vom 24. November 1892 mit seiner
Rede vom 27. November 1891 vergleicht. Damals warnte Graf
Caprivi vor einem Militärpessimismus, vor einer Unter-
schätzung unserer Wehrkraft. Derselben Militärpessimismus
hat er sich in seiner neulichen Rede schuldig gemacht. Diese
Beunruhigungsbacillen, auf die er damals spöttisch hinwies, man
sieht sie in der Reinkultur seiner Rede wahrhaft emporkriechen.
(Sehr richtig! links.) Sogar „die erschrecklich vielen Russen“, auf
die er damals hinwies, fehlten in der neulichen Rede nicht. Da-
mals warnte er ausdrücklich, bei dem Halbdunkel, welches sich
naturgemäß über die auswärtigen Verhältnisse verbreitet, sich nicht
gerohtlich machen zu lassen. Wenn ein Wechsel im Reichskanzleramt
erfolgte, wenn dem Grafen Caprivi I. von 1891 ein Graf Caprivi II.
von 1892 gefolgt wäre, und der erstere Reichskanzler hätte die Rede
seines Nachfolgers ironisieren und travestieren wollen, so hätte er
es jedenfalls nicht schärfer thun können, als dies in dem Gegensatz
der Reden des Grafen Caprivi von 1891 und 1892 liegt. Auch nicht
das Neue der Militärvorlage kann der Grund für jene Rede sein.
Denn wir erfahren ja, daß die Vorlage in ihrer Entstehungs-
geschichte weit zurückweist, und der Reichskanzler hat in seiner Rede
vom 27. November 1891 diese Militärvorlage, welche er bringen würde,
bereits erwähnt. Oder hat sich in den auswärtigen Verhältnissen
seit 1891 derartiges geändert, daß dieselbe Methode, die der Reichs-
kanzler damals weit von sich wies, heute als eine angebrachte
erschieden kann? Allerdings hat der Reichskanzler bei der Er-
wähnung der Enjmer Vorgänge darauf hingewiesen, wie leicht ein
Krieg ausbrechen kann. Aber diese Möglichkeit war schon seit 1870
vorhanden. Allerdings hat der Reichskanzler von dem Feuer ge-
sprochen, dessen Funken über unser Gebiet hinwegliegen. Aber
das lag doch auch schon vor 1891 so. Damals hat der Reichs-
kanzler in der bekannten Rede zu Osnabrück hervorgehoben, daß
dies nur als die Herstellung des früher bestandenen Gleichgewichts
in Europa anzusehen sei, und daß die Möglichkeit eines Krieges
dadurch nicht um einen Zoll näher rücke, im Gegenteil, daß das
stärkste Selbstbewußtsein Frankreichs mehr Bürge für den Frieden
sein könne als eine nervöse Gerechtigkeit, die aus dem Gefühl der
Schwäche entspringe. Indessen wir haben ja gar keine Veran-
lassung momentane, äußere Verhältnisse bei dieser Vorlage in Be-
tracht zu ziehen. Denn der Reichskanzler hat mehr als einmal
hervorgehoben, daß die Vorlage eine akute Bedeutung für die
Zukunft unmittelbar nicht habe, daß sie ihre vollen Wir-
kungen erst in 24 Jahren haben werde, und in der That
soll die Vorlage erst Oktober 1893 ins Leben treten. Das wird

bei dem Uebergange der Verhältnisse eher eine Desorganisation als
eine Organisation herbeiführen und die ersten Aushebungsconting-
ente von 60 000 Mann würden gegenüber den sonstigen Mil-
litionen nichts bedeuten. Haben sich seit 1890/91 die Verhältnisse
geändert dahin, daß die militärische Organisation der
anderen Staaten die Zukunft bedrohlich macht? Bei Ver-
gleichung der amtlichen Mittheilungen der Militärverwaltung von
1890 und der heutigen gewahre ich, daß die Aushebung in Ruß-
land nicht stärker, sondern eher etwas schwächer angegeben ist als
1890, daß die Aushebung in Frankreich sich thatsächlich geringer
herausgestellt hat, als sie 1890 geschätzt wurde. Bei Vergleichung
der Kadreszahlen der Friedensarmee finde ich, daß man in Ruß-
land etwas mehr Infanterie und Kavallerie, in Frankreich etwas
mehr Infanterie und Artillerie hat, aber auf der anderen Seite in
Oesterreich mehr Kavallerie, in Italien mehr Infanterie, bei uns
mehr Infanterie und überall mehr Artillerie. Rußland und Frank-
reich zusammen haben zwar 8 Bataillone Infanterie mehr und
20 Escadrons Kavallerie seit 1890, aber wir haben seit jener Zeit
ein Plus von 125 Batterien, gleich 15 000 Mann. Das
sind doch keine Vermehrungen, die es rechtfertigen könnten, die
Schulden jetzt ganz anders anzusehen. Das jüngst vorgelegte
französische Gesez verlangt zwar gewisse neue Kadres mit
zusammen 7000 Mann mehr, aber das ist das Bezeichnende, daß die
Friedenspräsenzstärke nicht erhöht wird, ja nicht
einmal der Militäretat. Frankreich ist am Ende seiner militärischen
Anstrengungen angekommen. Im „Avenir Militair“ war noch neulich
zu lesen, daß das Defizit der Aushebungsziffer sich noch steigern werde,
da die Geburtsziffern in beunruhigendem Maße abnehmen und die
Sterblichkeit sich vergrößere, so daß die Sterblichkeitsziffer von 1890
die Geburtsziffer derselben Zeit übersteigt. Es bleibt also nur noch
übrig, den Stand von 1890 bei uns und jenseits unserer Grenzen
in Vergleich zu ziehen. Indes, das haben wir schon früher ge-
than und das hat ja zu jenen Resolutionen Veranlassung gegeben,
in denen sich der Reichstag gegen eine solche Umgestaltung des
Militärwesens erklärte. Wenn der Reichskanzler im Besitze von
Nachrichten über zukünftige französische Organisationen wäre, welche
er glaubt, der Öffentlichkeit vorenthalten zu müssen, so würde er
doch die Pflicht haben, seinen Verbündeten, den Ministern von
Oesterreich und Ungarn, sie mitzutheilen, dann müßte sich doch dort
ein ähnliches Streben zeigen wie bei uns. (Sehr richtig! links.)
Was aber gewahren wir dort? Der österreichische Mi-
nister des Auswärtigen hat die internationale Lage so
gezeichnet, daß es für gerechtfertigt erklärte, wenn Oesterreich-
Ungarn sich mit einer sehr mäßigen Steigerung seiner Wehrkraft
begnügt. In Italien will man die Verminderung der Militär-
ausgaben zwar nicht fortsetzen, hält aber auch eine Erhöhung nicht
für notwendig. Italien ist französische Landungsversuchen gegen-
über weit mehr ausgelegt als unsere Küste, und Oesterreich in allen
Fragen, die sich auf die Balkanhalbinsel beziehen, weit mehr inter-
essiert als wir. Der Reichskanzler sprach von einer militäri-
schen Suprematie, die Deutschland 1870 über Europa ge-
habt habe, die es nachher verloren habe. Die Thatsache ist mir
neu. Meines Wissens hat Deutschland eine militärische Suprematie
auch 1870 nicht besessen. Gätten wir sie gehabt, dann wäre Luzem-
burg nicht geräumt worden, ein Hohenzoller hätte nicht auf den
spanischen Thron zu verzichten brauchen, und wir hätten nicht zu
hohen brauchen, daß Rußland einseitig von seinen Verpflichtun-
gen im Pariser Frieden sich losagte. Es hat neben
der angeblichen militärischen Suprematie noch einer großen
Diplomatie bedurft, um das Gleichgewicht aufrecht zu erhalten.
Eine militärische Suprematie über Europa anzustreben, glaube ich
aber, sind wir gar nicht berechtigt, das würde dem Selbstbestim-
mungsrecht der europäischen Völker widersprechen. Ich glaube, der
Ausbruch war vom Reichskanzler etwas unglücklich gewählt. Der
Reichskanzler stellte es so dar, als ob im Dreibund die Italien
keine andere Bedingung habe, als Oesterreich-Ungarn im Westen
zu decken, und als ob Oesterreich durch seine gesamte Streitmacht
nicht einmal das Schwergewicht eines Krieges gegen Rußland von
uns abziehen könnte. Wenn der Dreibund militärisch nicht mehr
werth wäre, dann wäre es unrichtig, seine Schöpfung als ein großes
Verdienst des Fürsten Bismarck hinzustellen. Dann hätten wir uns
zu fragen, ob dieser Dreibund uns nicht weit mehr Verpflichtungen
auferlegt, als er unsere militärischen Kräfte steigert. Ich verwahre
mich gegen eine solche Unterstellung des Dreibundes.
(Beifall.) Weiter muß ich mich verwahren gegen die Methode, mit
welcher der Reichskanzler im Widerspruch zu seiner vorjährigen
Rede die militärischen Kräfte Deutschlands und der anderen Staa-
ten geschätzt hat. Er legt im Gegensatz zu seiner früheren Dar-
stellung nur die Ziffern der Kriegsmannschaften seiner Werthschätzung zu
Grunde. Damals hat er ausdrücklich gesagt, wenn ein deutscher
Zeitungsleser in seinem Leitblatt liest, daß an anderer Stelle mehr
Soldaten aufgebracht werden, so hat er keinen Grund, sich zu be-
unruhigen. Ich sage, wenn der deutsche Zeitungsleser in der
Rede des Grafen Caprivi liest, daß an anderer Stelle mehr
Soldaten aufgebracht werden, so hat er keinen Grund, sich zu be-
unruhigen (Beifall); denn in der That ist nichts mechanischer,
als nach den Ziffern der Kriegsmannschaften die Wehrkraft der
verschiedenen Staaten zu schätzen. Früher sagte der Reichskanzler:
„Ich habe den ganz bestimmten Glauben, daß es keine Nation in
Europa giebt, die so viele Vorzüge in den nächsten Krieg bringt
wie wir Deutsche.“ Derselbe Reichskanzler sagte am 24. November
1892, wir seien zu schwach, zu alt, zu lose in Bezug auf unsere
Organisation. Wenn der „bestimmte Glaube“ jetzt ein so entgegen-
gesetzter ist, welcher Autorität kann man dann heute Glauben
schenken? (Lebhafte Zustimmung.) Was sollen solche Reden in
t m Ausland für einen Eindruck machen? Der Reichs-
kanzler stellte an die Spitze seiner Rede den Satz: „Bedenken
Sie wohl die Gefahr, welche für Deutschland entsteht, wenn Sie
diese Vorlage ablehnen!“ Er wollte wohl damit sagen, das Ausland
könnte daraus entnehmen, daß Deutschland nicht gewillt ist, sich
ferner zu vertheidigen, sich diejenige Ausübung zu geben, welche
für die Aufrechterhaltung seiner Selbständigkeit erforderlich ist.
Wenn es hier zu einer Verneinung kommt, dann geschieht das
nicht, um das Notwendige abzulehnen, sondern dann geschieht
es aus dem vollen Bewußtsein, daß wir in der gegenwärtigen

Rüstung stark genug sind. (Lebhafter Beifall.) Und es geschieht in dem Bewußtsein, daß Deutschland stark genug ist, daß, was in Betracht kommt, selbständig zu erwägen, ohne auf den Eindruck seines parlamentarischen Votums im Auslande Rücksicht zu nehmen. Wenn ein parlamentarisches Votum dem Reichskanzler so viel bedeutet, dann hätte er selbst nicht veräumen müssen zu überlegen, welche Chancen eine Vorlage im Hause haben kann, die sich derartig in Widerspruch setzt mit Resolutionen, die dasselbe Haus im Sommer 1890 angenommen hat. Wenn das Auslande die Rede des Reichskanzlers ernst nimmt, dann hat der Reichskanzler selbst das Ausland eingeladen, uns jetzt mit Krieg zu überziehen. (Zustimmung.) Denn wenn der Reichskanzler sagt: wir sind zu alt, zu schwach, zu lose in unseren Formationen, dann muß das Ausland gerade den jetzigen Augenblick wählen, um über uns herzufallen. Selbst wenn wir nach dieser Begründung eine Vorlage en bloc annehmen, die doch erst nach 20 Jahren zur vollen Ausführung kommen kann, so muß das Ausland angeht der Genehmigung der Vorlage sich heilen, über uns herzufallen, bevor die neue Organisation da ist. (Sehr richtig! links.) Indeß, die ausländischen Kriegsminister verstehen auch das Handwerk, wie man Militärvorlagen durchsetzt (Heiterkeit), und ich fürchte nicht, daß sie die Sache so ernst nehmen, wie sie uns dargestellt wird. Sie wissen zu gut, welche Stärke Deutschland besitzt. Ich möchte auch vermeiden, daß jene Neuerungen auf das eigene Volk einen falschen Eindruck hervorrufen, um so mehr, als ich befürchte, daß die Töne, die der Reichskanzler hier angeschlagen hat, in verstärktem Maße in der ihm ergebenden Presse wiederholen. Der Reichskanzler ist schon lange nicht mehr der unschuldige Mann im Gebrauch der offiziellen Presse. (Heiterkeit und Zustimmung.) Jetzt sind alle Kreisblätter in Preußen, dank dem Preßbureau des Grafen zu Eulenburg, mit Artikeln angefüllt, in welchen durch Aufzählungen, wie viel Franzosen und Russen den Deutschen gegenüberstehen werden, das Volk gaulisch gemacht werden soll. Es ist möglich, daß das deutsche Volk dadurch zu einer Unterschätzung der eigenen Macht verleitet wird. Es ist nicht deutsche Sitte, mit der eigenen Kriegskraft zu prahlen. Die Franzosen mögen das nötig haben, um das durch Niederlagen zerstörte Selbstbewußtsein zu kräftigen. Bei uns erzählt das Volk das aus unsern Verhandlungen nicht einmal. Aus den Reichstagsverhandlungen folgert man wohl, was hier streitig ist, aber was streng ist, ist verhältnismäßig wenig zu dem, worüber wir einverstanden sind, und wenn der Präsident die Ausgaben um Ausgaben verliest, die ohne jedes Wort bewilligt werden, so weiß Niemand im Volk, welcher neuer Kraftaufwand hinter diesen bewilligten Summen steckt. Angesichts dieses Staats ist es weiter angezeigt zusammenzufassen, was die deutsche Wehrkraft schon heute ohne weitere Verstärkung bedeutet. Allerdings, wenn man der Schilderung des Reichskanzlers glaubt, so wäre seit 1870 nur Stückwerk geschaffen, nur Maßnahmen der augenblicklichen Verlegenheit getroffen. Er giebt nicht dem Reichstag daran die Schuld, er sagt, der Reichstag hat das Mögliche gethan. Wenn der Reichstag nicht schuld ist, so sind die Vorgänger des Reichskanzlers schuld, weil sie nicht genug gefordert haben. Diese entschuldigt er damit, daß sie zu sehr den finanziellen und bürgerlichen Verhältnissen Rechnung getragen hätten. Uns sind die Vorgänger: Noen, v. Schellendorf, Molke nicht so vorgekommen, als wenn sie zu sehr geneigt gewesen wären, die finanziellen und wirtschaftlichen Rücksichten über die militärischen zu stellen. (Heiterkeit.) Wir haben den entgegengesetzten Eindruck (Zustimmung), wir haben manchen Strauß ausgefochten, weil wir glaubten, daß jene Männer den bürgerlichen Verhältnissen zu wenig Rechnung trugen, und wir haben darüber geklagt, daß sie nicht früher die zweijährige Dienstzeit eingeführt haben. (Sehr richtig!) Der Reichskanzler sprach am Schluß seiner Rede davon, kommende Generationen würden sprechen: jene Kämpfer von 1870/71 haben ihr Blut hingegen, und Ihr wollt nicht mal Euer Geld geben? Wenn jemals ein Ausspruch des Reichskanzlers unrichtig gewesen ist, wenn es jemals Unrecht war, eine solche Frage auch nur hypothetisch aufzuwerfen, so ist es diese gewesen. (Lebhafter Beifall.) Wir sind nicht verantwortlich für die ganzen Summen, die seit 1870 für militärische Aufwendungen ausgegeben worden sind, aber auch wir haben doch soviel davon bewilligt, um auch den Anspruch zu haben, eine solche ganz ungerechtfertigte Frage zurückzuweisen. — Gerade an diesem Etat sehen wir, welche Aufwendungen für Heereszwecke in Deutschland gemacht worden sind. Seit 1870 sind in Deutschland für Militärzwecke 12 Milliarden ausgegeben worden. (Hört! hört!) Vergleichen wir den gegenwärtigen Militäretat auch nur im Ordinarium mit dem von 1872, so finden wir, daß er heute 428 Millionen, 1872 dagegen nur 250 Millionen betrug. (Hört! hört!) Bei einem Vergleich des heutigen Militäretats mit demjenigen des Norddeutschen Bundes stellt sich heraus, daß sich das Ordinarium seitdem mehr als verdoppelt hat. Wodurch ist es nun möglich geworden, diese fortwährenden Lasten zu bestreiten? Dadurch, daß die Reichsteuern in einem so außerordentlich großen Umfange erhöht worden sind, namentlich in den letzten 13 Jahren. Im Jahre 1879/80 betrugen die Reichsteuern 264 Millionen, 1891/92 731 Millionen Mark (Hört! hört!). Die Reichsteuern sind also um 467 Millionen Mark gestiegen und von diesem Gesamtmehrertrag verbleiben nur 80 Millionen, also kaum der sechste Teil den Einzelstaaten. Wir haben durch den Krieg 4 Milliarden Mark bekommen. Der Reichskanzler sagt, wir hätten in den Milliarden ein Paar gefunden. Das Militär hat in ihnen kein Paar gefunden, es hat in ihnen neue Gewerbe, neue Geschäfte, ein ganz neues Kriegsmaterial gefunden. Dazu kommt der Umbau von 12 großen Festungen an unseren West- und Ostgrenzen. Der Reichskanzler schildert uns die gewaltigen französischen Festungen Toul, Verdun, Epinal, und doch hat man 1871 gesagt, daß die Festung Metz in deutschem Besitz allein eine Armee aufwiege. Der Reichskanzler sprach von russischen Kavalleriemassen an unserer Grenze. Wie war es denn 1870? Damals mußten sich Reservisten und Landwehrmänner beispielsweise hinter Koblenz versammeln, weil man fürchten konnte, die französische Kavallerie werde bis Koblenz vordringen. Die Kavalleriedivisionen an der russischen Grenze können den nicht schrecken, der den Verhandlungen in der Budget- und Militärkommission gefolgt ist. Wir wissen ganz genau, wieviel deutsche Truppen an jener Grenze stehen, und die russische Kavallerie wird gegenüber dem kleinfußigen Gewehr der Infanterie und unserer dort stehenden Kavallerie nicht weit kommen. Wir wissen auch ganz genau, daß an unseren bedrohten Grenzen die Mobilmachung nicht in Tagen, sondern in wenigen Stunden geschieht. Von den 4 Milliarden sind allein für Heer und Marine von vornherein 3 Milliarden verbraucht, nur eine ist für zivile Zwecke übrig geblieben, und die Einzelstaaten haben diese Milliarde in Preußen wenigstens, zum größten Teil zu Eisenbahnbauten verwandt, die weit mehr im militärischen als im zivilen Interesse liegen. Zu diesen 3 Milliarden sind noch die Schulden gekommen, die uns in diesem Etat in ihren wachsenden Ziffern entgegenstehen. Wenn wir die Anleihe genehmigen, die in diesem Etat vorgelegt wird, so haben wir einschließend der früheren Ausgaben bereits 2 Milliarden Anleihe in 16 Jahren fast ausschließlich für Heer und Marine bewilligt. Gerade in den letzten Jahren ist unsere Verschuldung gestiegen; unsere Reichsschulden haben sich in den letzten 6 Jahren verdreifacht. Der Reichskanzler stellt es so dar, als ob wir den andern Staaten nachgehinkt sind.

Im Gegenteil, wir sind ihnen voraus gewesen. Neue Festungskredite sind hinzugekommen, um gegenüber den neuen Erfindungen die Festungen kriegstüchtig zu machen. Ferner ist seit 1880 eine ganz neue Flotte im Bau begriffen. Dazu kommen die Artilleriekredite. Wir machen kein Aufhebens von diesen Hunderten von Millionen. Der Reichskanzler sagte im vorigen Jahre ganz zu treffend, um die öffentliche Meinung zu beruhigen gegen eine Mindererschätzung unserer Wehrkraft, es gäbe nicht 50 Offiziere im Heere, die die Organisation vollständig übersehen können. Ich sage, es giebt nicht 5 Reichstagsmitglieder, die im Stande sind, den Umfang der Organisation vollständig zu übersehen und zu schätzen. Es ist Gebrauch, bei gewissen großen militärischen Krediten Mitteilungen nicht vor der Gesamtheit des Reichstages, nicht einmal vor der ganzen Kommission, sondern nur vor wenigen Mitgliedern zu machen. Ich bin im Laufe der Zeit so ziemlich immer unter denjenigen gewesen, denen man so diskrete Mitteilungen machte. Man glaubt vielfach nach außen, die geheimen Mitteilungen in der Kommission, die sonst nicht zugänglich wären, verbreiten sich über die Stärke der Wehrkraft der Nachbarstaaten. Ach nein, über die Stärke der Nachbarstaaten hat unsere Regierung kein Interesse, etwas zu verheimlichen. Was wir darüber erfahren haben, waren ganz minimale, unbedeutende Punkte. Jene Mitteilungen bezogen sich auf unsere eigene Stärke, und darum sage ich, je mehr man Kenntnis hat von dem, was schon aufgewendet worden ist um so mehr kann man zu dem Zweifel gelangen, ob es gerechtfertigt und notwendig ist, nun noch größere Aufwendungen zu machen. Wenn es einmal zur Mobilmachung kommen sollte, dann wird man nicht nur im Auslande, sondern auch im Inlande staunen, wie alles vorbereitet ist, wie wir gerüstet dastehen, weit mehr als vor dem Kriege von 1870. (Sehr richtig! links.) Man wird vielleicht sagen, das betrifft das Material und die neue Vorlage betrifft das Personal, und bei diesem soll nur ein Minimum gehebert worden sein seit 1870. Man meint, Frankreich und Rußland hätten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und seien dadurch stärker geworden. Das ist richtig. Aber 1870 hatten wir noch keine Verbündeten, und auch unsere Verbündeten von heute, Oesterreich-Ungarn und Italien, haben jetzt die allgemeine Wehrpflicht. Der Reichskanzler stellte es so dar, als ob man gewissermaßen nach der Bildung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches die Kriegsrüstungen nicht verhältnismäßig so stark mehr gemacht hätte, wie sie für das kleine Preußen früher gewesen waren. Das ist durchaus unrichtig. Sofort nach Anschluß der der neuen Provinzen ist die bisherige durch die Reorganisation verstärkte preussische Kriegsrüstung auf jene übertragen worden, und nach Gründung des norddeutschen Bundes hat sich die Kriegsrüstung dementsprechend vergrößert, und ebenso übertrug sich diese Vergrößerung auf das ganze Reich nach seiner Gründung. Obgleich 1870/71 die Reorganisation im alten Preußen erst 10 Jahre in Kraft gewesen war, also noch nicht alle Jahrgänge umfaßte, so konnten doch diese Provinzen Preußens nicht weniger als 634 000 Mann zur Reserve und Landwehr stellen. Die neuen Provinzen waren damals noch so sehr im Rückstande, daß Hannover nur 1300 Mann zur Landwehr stellte, und obgleich Sachsen und Baden die letzten Mannschaften stellten, so blieben sie doch im Verhältnis zur preussischen Bevölkerung zurück. Sie stellten nicht $\frac{1}{3}$, Württemberg nicht $\frac{1}{4}$. Jetzt aber fußt unsere Kriegsmarine in all ihren Jahrgängen, in Reserve und Landwehr ersten und zweiten Aufgebots und Landsturm auf einer Stärke der Aushebung, die gleichmäßig in ganz Deutschland seit 1870 eingeführt worden ist. Dazu ist noch weiterhin gekommen die Verlängerung der Zahl der Kriegsdienstjahre. Wir Recht bezeichnet man ja die Stärke im Kriege als ein Produkt aus den beiden Faktoren des Aushebungskontingents und der Zahl der trugsdienstpflichtigen Jahrgänge. Früher umfaßte die Kriegsdienstpflicht nur 12 Jahre. Im Jahre 1875 wurde sie in loser Form bis zum 42. Jahre verlängert, dann 1888 bis zum 45. Jahre. In der großen Rede, welche Fürst Bismarck damals hielt, bezeichnete er die neuen Landwehrsoldaten zweiten Aufgebots als eine Armee von Triarern, eine Armee vom besten Menschenmaterial, das wir überhaupt haben, er sprach von dem besten Mann, von dem Familienvater, den Hünengestalten, und heute, was ist heute aus dem Triarier geworden? Heute nennt der Reichskanzler in seiner Rede den Landwehrmann von 32 Jahren einen alten Mann (Heiterkeit); er spricht von dem Gardelandwehrmann, den Hünengestalten nur insofern, als er uns seine Kinderzahl anführt (Heiterkeit) und von der Landwehr zweiten Aufgebots als von Großvätern seßhafter Lebensweise, Greisen, die sich nicht zu helfen wissen. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler hat die Spitzen in den Artikeln des „Militär-Wochenblattes“, in denen die Landwehrverunglimpf wurde, möglichst zu umwickeln und abzuschwächen gesucht. Aber im Grunde genommen hat er doch die Entrüstung über diese offiziellen Artikel für unbedeutend erklärt. So wenig versteht der Reichskanzler den Eindruck, den solche Artikel auf die Volksseele machen müssen. Es ist ja freilich wiederholt im Laufe dieses Jahrhunderts in Preußen vorgekommen, daß mit der dauernden Friedenszeit der Werth des Landwehrmanns in den Augen des Berufssoldaten zurückfiel. Da war es nicht mehr der Vaterlandsverteidiger, da war es der Soldat von schlechter Taile, dem in der Kammer kein Rock paßte, der nicht gern Kommissbrot isst, der allerlei Untugenden hat und sich namentlich nicht von jungen Leuten gern behandeln läßt wie Rekruten. Es mag sein, daß das militärische Auge in längerer Friedensgewohnheit an dem Neukeren dieser Soldaten manches auszuheilen hat. Und doch sind es diese Leute, die für den Krieg gewisse moralische Inponderablen in das Heer tragen, durch die es erst ein Volkshoer wird, daß mit elementarer Kraft zum Siege führt. (Lebhafter Beifall.) Wo sind die stolzen kaiserlichen Heere Frankreichs von 1870 geblieben, denen es doch nicht an Troupiers, an Berufssoldaten gefehlt hat, die nicht nach des Lebens = Ängsten zu fragen hatten? Der Reichskanzler scheint die Familienväter als ein verdächtiges Element in der Armee zu betrachten. Dann wäre es doch an der Zeit, den Offizieren und Unteroffizieren das Heirathen zu verbieten. (Heiterkeit.) Er nannte die Landwehr die wackelnde Spitze an der Pyramide; ich sage: sie ist die Krönung des Gebäudes. Wäre man nicht im Auslande anderer Ansicht über das, was die Landwehr bedeutet, man hätte sich nicht beiläufig in Frankreich und Rußland sie zu kopiren. Der Reichskanzler meinte, die Pyramide wäre höher geworden und unten die Basis nicht breiter. Auch dies ist unrichtig. Es ist unrichtig, daß das Aushebungskontingent seit 1870 nicht stärker geworden ist. Die erste Zahl von 1873 weist noch 135 000 Mann auf, 1890 hat das deutsche Aushebungskontingent 193 000 Mann betragen. Um so viel ist die Basis der Pyramide stärker geworden, also um mehr als ein Drittel. Die Kriegsmarine, die wir jetzt schon aufzubringen im Stande sind, übersteigt die kühnsten Träume, die man selbst 1806—1813 gehabt hat. Von der Ersatzreserve spricht der Reichskanzler, das seien Leute, die wie Soldaten ausseihen, es aber nicht sind. Aber er vergißt zu sagen, daß, wenn diese Leute nur 20 Wochen gedient haben, doch auch ein großer Theil der französischen Kriegsmarine aus Mannschaften besteht, deren aktive Dienstzeit nur 6 Monate betragen hat, und daß in Rußland ein großer Theil der Rekruten schon nach 9 Monaten entlassen wird, daß in Frankreich ferner jährlich 60 000 Mann zu einjährigem Dienst eingestellt werden. Aus der Rede des Reichskanzlers tönte der Waffenschritt der französischen Reservebataillone heraus, warum sollten wir nicht ebenso unsere Reservebataillone ins Feld führen? Wir haben dazu 69 Bataillone der Linie mehr bekommen. Das bedeutet nicht bloß

eine Verstärkung um diese 69 Bataillone, sondern um alle die Kriegsformationen, die sich an die neuen Linienbataillone anschließen. 1870/71 betrug das ausgebildete Personal einschließend des während des Krieges ausgebildeten 1 353 787; 1890 zeigte die Militärvorlage an ausgebildeten Mannschaften 2 900 000, also mehr als das Doppelte. Und man wird doch nicht betreiten, daß seit 1890 die Kriegsmarine sich um mehrere hunderttausend Mann erhöht hat? Denn die volle Wirkung der verlängerten Landsturmpflicht tritt ja erst 1892 ein. Wenn der Reichskanzler um 4 bis 500 000 Mann die Stärke erhöhen will, so kann er das auch ohne den Reichstag zu fragen, er braucht nur in größerem Maßstabe zu wiederholen, was er 1890 aus eigener Initiative gethan durch die Entlassung von mehr Dispositionsurlaubern. Heute hat der Dreibund mehr Millionen als damals Hunderttausende in Frage kamen, und trotz dieser Millionen sollen wir der Gefahr einer Niederlage sicher entgegengehen, wenn wir nicht der neuen Militärvorlage zustimmen. Das war der Schlusseffekt der Rede des Reichskanzlers. Die Ausmalung der Folgen einer solchen Niederlage: Handel und Wandel würden nicht mehr bestehen, der Export würde aufhören — als ob der Export an der Zahl der Soldaten hänge — Kunst und Wissenschaft würde nicht mehr blühen, ja selbst der liebe Gott würde seine Freude nicht mehr an Deutschland haben. Wenn man doch wenigstens bei unseren Soldatengeschichten die Gottheit aus dem Spiele ließe! (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler empfindet eine gewisse Sehnsucht nach der „Gänsehaut“, die 1887 das deutsche Volk überlaufen hatte. Er wünschte einen neuen Lieberzug. Wollen Sie etwa bei Neuwahlen dasselbe von damals wiederholen? Dann rathe ich Ihnen, machen Sie wenigstens eine Abwechslung. Lassen Sie diesmal anstatt der Franzosen die Russen erscheinen, statt roth grün. (Heiterkeit.) Aber ob das auf den braven Michel auch diesmal eine Einwirkung ausübt, das bezweifle ich. Als 1887 der Reichstag zuletzt erklärte: Wir wollen jeden Mann und jeden Großen bewilligen, da war auch das nicht ausreichend, um vor einer Niederlage zu schützen, da sagte man, gegen Krieg schützt nicht bloß die volle Bewilligung, sondern nur eine solche auf 7 Jahre. Aber wie ein anderer Reichskanzler ins Land kam, sagte er: ob 5 Jahre oder 7 Jahre, das ist keine Existenzfrage der Armee. So kann ich mir denken, wenn ein anderer Reichskanzler ins Land kommt, daß er sagt, gegenüber den vielen Milliarden, die bewilligt sind, entscheiden die neuen Millionen nicht über die Existenz der Armee. Der Reichskanzler fragt: find denn die 57 Millionen unerschwinglich? Aber find denn diese 57 Millionen das Einzige, was an Forderungen für das Militär in Frage steht? Gerade dieser Etat beweist uns das Gegenteil. Es kann nicht scharf genug hervorgehoben werden, daß es sich in diesem Etat um eine Erhöhung der Matrifularbeiträge um 35 Millionen Mark handelt. Wodurch entstehen die 35 Millionen Plus an Matrifularbeiträgen? Zu 3, sind es doch Wehrforderungen für Heer und Marine. Die 35 Millionen setzen sich zusammen mit 11 Millionen aus dem Rückgang des Ueberschusses von 15 Millionen im Vorjahre auf 4 Millionen und mit 24 Millionen aus Mehrausgaben. Der Ueberschuß des Vorjahres ist aber zurückgegangen, weil Militär und Marine Staatsüberschreitungen von 8 $\frac{1}{2}$ Millionen haben, Staatsüberschreitungen, die nicht einmal mit den höheren Naturalienpreisen zusammenhängen, da letztere durch eine nachträgliche Steigerung der Matrifularbeiträge besonders gedeckt sind. Und die Ausgaben setzen sich zusammen aus einem Plus von 900 000 M. für das Heer, von 3 $\frac{1}{2}$ Millionen für die Marine, aus 9 Millionen für das Extraordinarium Beider, aus 2 Millionen für die Militärpensionen; und die Schuldsinsen von 5 Millionen mehr sind doch auch die Folge vorausgegangener extraordinärer Aufwendungen für Heer und Marine. Glauben Sie, daß in diesem Etat sich erheblich viel streichen lassen? Das Heer in seiner schon jetzt bestehenden Organisation wird in den nächsten Etats weitere Mehrausgaben herbeiführen; in dem Maße, wie das Manquement an Offizieren und Unteroffizieren gedeckt wird, steigen sich die Ausgaben. In den Pensionsetats haben die Heeresverfallungen der letzten 2 Jahre noch nicht die letzten Konsequenzen gezogen. In der Marine hat das Haus gegen unsern Widerspruch im vorigen Jahre den Grundatz angenommen, die halbe Schlachtslotte im Frieden aktiv mit voller Kriegsbesatzung zu halten. Die ersten Raten von diesen Mehrausgaben kommen erst jetzt in Ansatz, weitere sind die Konsequenz. Die großen Extraordinarien, die wir wieder aus Anleihen decken sollen, ziehen wieder neue Konsequenzen für neue Schuldzinsen. Wir hatten geglaubt, nach dem Bau der 4 großen Panzerschiffe würde man mit dem Bau von solchen neuen Schiffen einige Zeit Ruhe haben, anstatt dessen soll jetzt der Ersatzbau für die außerdem vorhandenen Panzerschiffe beginnen, und es steht jetzt schon die dritte Rate für ein Schiff, das 12 Millionen kostet, auf der Liste. Dazu kommen Forderungen für drei Uebungsplätze für Armeekorps. Daraus erwachsen für die nächsten Jahre wieder neue Forderungen, die sich auf Duzende von Millionen belaufen. Schon diese Mehrausgaben betragen weit mehr als das, was in der Militärvorlage noch dazu kommt. Sind das aber die einzigen Mehrausgaben? Es ist von den Beamtenbesoldungsverbesserungen die Rede gewesen. Wir vermögen uns gar nicht zu retten vor Zuschüssen, eingekriechenen und uneingekriechenen von Beamten, die uns auffordern, darauf zu dringen, den Fortgang der Besoldungsverbesserungen herbeizuführen. Wir können ihnen nur erwidern: die Militär-Vorlage legt sich jetzt zwischen uns wie im Jahre 1891. Dazu kommt die Invaliditätsversicherung. Jetzt sind es erst 12 Millionen, die gefordert werden, aber wir wissen, daß noch vor Ablauf dieses Jahrhunderts die Summe auf 40 Millionen steigen wird und im Beharrungspunkt den Betrag von 100 Millionen erreichen wird. Und wo sind die Deckungsmittel für alle diese Mehrausgaben? Wo ist der Finanzplan, Herr v. Malzkahn, den Sie für 20 Jahre ebenso aufgestellt haben, wie die Militärvorlage für 20 Jahre berechnet sein soll? (Sehr laut! links.) Es ist ja sehr bequem, die Matrifularbeiträge zu erhöhen um 35 Millionen. In der Thronrede habe ich mit Staunen den Satz gelesen: Die Bundesstaaten werden in den ihnen gebührenden Ueberweisungen eine mehr als ausreichende Deckung für die Matrifularbeiträge haben. Ich habe den Etat zwei- und dreimal aufgeschlagen. Die Matrifularbeiträge betragen 356 Millionen, die Ueberweisungen 349 Mill.; die Matrifularbeiträge sind also noch um 7 Millionen höher als die Ueberweisungen, und da läßt man den Monarchen in der Thronrede sagen, daß 349 Millionen mehr als ausreichend seien, um 356 Millionen zu decken. (Große Heiterkeit links.) Welcher Mann macht denn solche Thronreden? und ist denn nicht ein Sekretär in der Lage, darauf zu achten, daß die Thronrede wenigstens in dem wenigsten, was sie über die Finanzen sagt, sich in Uebereinstimmung mit den Hauptziffern unseres Etats befindet? (Sehr richtig! links.) Zum ersten Male bleiben gerade jetzt die Ueberweisungen hinter den Matrifularbeiträgen zurück. Und wie find die Verhältnisse in den Einzelstaaten? In Preußen, das für einen finanziell kräftigen Staat gilt, hat der Etat für 1891/92 mit einem Defizit von 40 Millionen abgeschlossen infolge der ungünstigen Gestaltung der Staatseisenbahnen. Die preussische Thronrede erklärt die Finanzlage für eine ungünstige, eine Wendung zum Besseren sei noch nicht eingetreten, unter diesen Umständen sei es von vornherein gegeben, daß die Ausgaben für Kulturzwecke, Kunst und Wissenschaft, nicht eine weitere Erhöhung erfahren. Und doch spricht der Reichskanzler selbst davon, daß jedes Land, jedes Volk seine bestimmten Kulturaufgaben habe, die es erfüllen muß. Nun will man, ja allerdings neue Reichsteuern

einführen. Herr v. Malsbahn hat sich viel Mühe gegeben; er ist mit dem Gute in der Hand in Süddeutschland herumgereist (Heiterkeit) von einem Finanzminister zum anderen und hat sich nach den besonderen Geschmacksrichtungen derselben erkundigt (Heiterkeit) in Betreff der neuen Steuern, und so ist die Spießkarte glücklich entstanden, die er uns heute vorgelegt hat. Aber selbst das Blut, das er sich ausrechnet, reicht mit seinen 58 Millionen nicht an die 64 Millionen, die die neue Militärvorlage verlangt, heran. Man hat von der Besteuerung des Tabaks abgesehen, weil der Reichskanzler zuletzt herausfand, daß er etwas weniger braucht. Warum hat man sich das nicht von vornherein klar gemacht? Der ganze Vorgang in Bezug auf die Tabakindustrie ist überaus charakteristisch für die heutige Finanzgebarung. Der Reichskanzler geht leichten Herzens über die neuen Steuern hinweg. Das Bier kann bluten. Das bringt allein 30 Millionen, mehr als die Hälfte. Der Reichskanzler meint, die Mehrbelastung werde im Ausschank sich nicht fühlbar machen. Was bedeutet das? Tugend woher müssen doch die 30 Millionen genommen werden. Meint der Reichskanzler, die Brauereien würden sie bezahlen? Die besteuerten größten Berliner Brauereien, die am billigsten zu produzieren im Stande sind, würden, wenn sie die Brauereier auf sich nehmen, von 5% Proz. auf 1%, in der Verzinsung des Anlagekapitals zurückgehen. Das würde eine Entwerthung ihres Kapitals um 72 Proz. bedeuten. Oder will der Reichskanzler die Steuer den Ausschänkern zumuthen? Das haben Sie ja nicht einmal den großen Brennern zugemuthet. (Sehr richtig! links.) Was ist die Entschädigung für die Ausschänker? Oder sollen sie mit anderem Maße gemessen werden, weil sie kleine Leute sind? Es macht ja nur 1/10 Pf. auf das Seidel, sagt der Reichskanzler, und die Deutschen trinken doch für 2 Milliarden Bier und Branntwein. Wenn jährlich für eine Milliarde Bier getrunken wird, so klappt es doch schon anders, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 50 Millionen daran theilnehmen. Und wenn ich selbst annehme, daß Personen unter 20 Jahren nicht berechtigt sein sollen, Bier zu trinken, was Viele entfielen befriedigen würden (Heiterkeit), so würden immer noch 30 Mill. Deutsche an dieser Milliarde Bier zu trinken haben. Und was macht das an Bier für jeden Deutschen? Täglich 10 Pfennige. Für 10 Pf. Bier! Ist das eine Ausgabe, die man als Luxus bezeichnen kann, eine Ausgabe, die man leichten Herzens schmälert oder vertheuert durch Auferlegung von 30 Millionen Steuern? Es giebt doch viele Menschen, die neben dem Nothwendigsten wenig haben, was zu ihrer Erholung und Stärkung dient, außer einem derartigen Trunk. Und ist das die einzige Mehrbelastung? Herr Miquel bohrt ja gleichzeitig dasselbe Loch an einer anderen Stelle an (Heiterkeit), indem er überall den Stabverordneten empfiehlt, eine Steuer auf das Bier zu legen. Autoritäten haben aber gesagt, das beste und sicherste Mittel gegen die Branntweinpest ist ein nicht zu theures und gesundes Bier, und durch solche Vertheuerung an den verschiedenen Enden stellen Sie die Qualität des Bieres und den Genuß bei der Konkurrenz mit dem Branntwein geradezu in Frage. Wenn Sie dann schlimme Erfahrungen machen, kommen Sie mit dem Trunksuchtsgejeß, das schon im Hintergrunde lauert; dann sollen Polizei und Strafrichter gut machen, was in der deutschen Finanzpolitik verborben ist. (Sehr gut! links.) Im vorigen Jahre sind 731 Millionen Brutto an Zöllen und Verbrauchssteuern vom deutschen Volk aufgebracht worden, und dabei sind die Liebesgaben an Brenner und Wärrer und Schützöller nicht eingerechnet. Das macht 14 Mark auf den Kopf der Bevölkerung, 70 Mark auf eine Familie von 5 Personen. Für die Kreise, denen die Reichstagsabgeordneten angehören, kann das wenig verschlagen, aber das ist nicht der Durchschnitt der Bevölkerung. In Preußen hat die Einkommensteuer ergeben, daß 1/10 der preussischen Bevölkerung mit einem Einkommen vorlieb nehmen, das unter dem steuerpflichtigen Betrage von 900 M. ist. (Hört! hört! links.) Die Anfallversicherungsgesetzgebung giebt, daß man auf die industriellen Arbeiter einen durchschnittlichen Tagelohn von 2 M. rechnen kann. 70 M. bei einem solchen Einkommen würde einer 35tägigen Arbeit entsprechen. Also 35 Arbeitstage für die Zwecke des Reichs und speziell des Heeres und der Marine! Das ist der achte Theil des Jahresverdienstes, den heute schon der einfache Mann besteuern muß, um die Ausgaben für Heer und Marine bestreiten zu können. (Sehr wahr! links.) Zu der wirtschaftlichen Depression, die gegenwärtig herrscht, hat nicht zum Wenigsten die Häufung der Militärausgaben beigetragen. Gerade in den letzten sechs Jahren sind die Anleihebeträge bis zu 1 1/2 Milliarden angewachsen. Und nun kommt diese Vorlage, die nicht allein das Ordinarium, sondern auch den Anleihebedarf steigert, und zwar schon nach diesem Etat auf 160 Millionen, durch die Militärvorlage schon für das nächste Jahr auf über 200 Millionen. Der Reichskanzler meint, der Zukunftskrieg werde an Schwere und Umfang mit früheren nicht seines Gleichen haben. Ich theile diese Auffassung, ich meine aber auch, daß in einem Zukunftskriege die Millionen Heere als bald Milliarden Kredite nach sich ziehen werden, und daß in diesem Kriege die Willkürkredite sich auch in kurzen Intervallen wiederholen werden. Während die Kämpfe auf- und abgehen, die Belagerungen immer langwieriger werden, wird sich immer mehr in einem solchen Kriege herausstellen, daß die endgültige Entscheidung nicht bloß abhängig ist von den militärischen Kräften, sondern auch davon, wer es bis zuletzt finanziell und wirtschaftlich aushalten kann. Mehr als früher ist deshalb die Nachhaltigkeit der Wehrkraft des Landes bedingt durch die Kapitalkraft eines Landes. Die Kapitalkraft und die Steuerkraft ist durch die großen Forderungen für militärische Zwecke in den letzten Jahren insbesondere schon erheblich in Frage gestellt. Geht man nun jetzt noch weiter, dann wird, trotz vermehrter Soldaten durch die erschütterte Kapitalkraft auch die Wehrkraft des Landes nicht gestärkt, sondern geschwächt werden. Dies zu verbinden halten wir für eine gebietende patriotische Pflicht. Von diesem Standpunkt aus werden wir die Militärvorlage demnächst in nähere Berathung ziehen. (Lebhafter Beifall.)

Notales.

Posen, 1. Dezember.

p. Blutiger Vorfall. Gestern Abend waren in den Garten der Villa Gehlen zwei Gefreite des hiesigen Trainbataillons eingedrungen, um jedenfalls dort mit einigen Mädchen zu schäkern. Der Besitzer des Grundstückes, Herr Szerner, eilte auf das Geruch sofort mit einem mit Schrot geladenen Jagdgewehr aus dem Hause und ließ sich leider dazu hinreißen, auf die beiden Soldaten, die sich schon zurückzogen, zu feuern. Unglücklicher Weise trafen beide Schüsse, und die schwer Verwundeten, von denen der eine 36 und der andere 32 Schrotlöcher in den Rücken erhalten hat, mußten nach dem Militär Lazareth geschafft werden, wo man an ihrem Aufkommen starke Zweifel hegt. Herr Szerner wurde noch gestern Abend verhaftet. Da die beiden Soldaten nicht vernehmungsfähig sind, so konnte Genaueres nicht festgestellt werden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

*** Breslau, 30. Nov.** [Bei der Kesselexplosion.] welche gestern früh in Poremba bei Zabrze stattfand, sind zehn Kesselschmiede aus der Kesselfabrik von Leinbecker u. Comp. im Gleis mit verunglückt, welche daselbst mehrere Kesselreparaturen zu besorgen hatten. Als die Kesselschmiede soeben an ihre Arbeit gegangen waren, explodirte der Kessel und sämmtliche 10 Kesselschmiede wurden unter den Trümmern des Kesselhauses und der zusammengefallenen hohen Esse des Gebäudes begraben. Die 8 aus Zabrze stammenden Leute, welche sich im Raume des explodirten Kessels befunden hatten, wurden ohne Ausnahme sofort getödtet. Die meisten sind förmlich zersüßelt worden. Von den 10 Kesselschmieden aus Gleiswitz ist ein Mann todt, ein Mann schwer und drei sind leicht verwundet; die übrigen 5 erlitten nur leichtere Kontusionen. Der Getödtete heißt Stypka und ist aus Petersdorf, der Schwerverletzte ist der Kesselschmied Gollach, ebenfalls aus Petersdorf. Die Unglücksstelle bietet ein schauerliches Bild der Verwüstung. Der Regierungs- und Gewerberath Trilling aus Oppeln ist zur näheren Feststellung des Thatbestandes nach Poremba gereist. Von einem anderen Korrespondenten in Zabrze geht der „Bresl. Zig.“ außerdem noch ein Bericht zu, dem wir folgendes entnehmen: Die Kesselexplosion ist anscheinend durch mangelnde Speisung des Kessels mit Wasser herbeigeführt worden. Im Kesselhause befanden sich 10 Stück Röhrenkessel, von denen der in der Mitte befindliche explodirte und sämmtliche Kessel so beschädigte, daß dieselben betriebsunfähig geworden sind. Das Kesselhaus liegt in Trümmern und eine hohe Esse, welche in der Nähe des Kesselhauses stand, stürzte ein und fiel auf die Trümmer des Kesselhauses. Die Arbeiten zur Rettung der im Kesselhause beschäftigten Arbeiter wurden schnell und energisch in Angriff genommen und es wurden 8 Leichen aus den Trümmern herausgeschafft, während ein Kesselschmied zwar noch lebend, aber so schwer verletzt gefunden wurde, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — (Die Angaben über die Zahl der Getödteten sind also noch nicht übereinstimmend.) Der Schaden ist ein ganz bedeutender, doch sollen die Kessel u. gegen die Gefahr der Explosion versichert gewesen sein. Während der Kesselbetrieb eine Unterbrechung nicht erleidet, wird die Anlage der Kondensation u. längere Zeit außer Betrieb bleiben müssen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 30. Nov. Auf der Strecke Nimptsch-Strehlen entgleiste in der vergangenen Nacht der gemischte Zug Nr. 854 in Folge Abspringens einer Radbandage. Personen wurden nicht verletzt, die Strecke ist bis auf Weiteres gesperrt.

Marienwerder, 30. Nov. Das Resultat der am 28. d. M. im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl liegt nunmehr aus allen Wahlorten vor. Es erhielten v. Donimirski (Pole) 6914, Wessel (Reichspartei) 4073, Dieskau (kons.) 1558, Rother (freis.) 745 und Jochem (Sozialist) 523 Stimmen. (Mithin ist eine Stichwahl zwischen v. Donimirski und Wessel erforderlich.)

Königsberg i. Pr., 30. Nov. Der Dampfer „Meta“ aus Kiel hat auf dem Haff durch Kernes am Heck ein größeres Loch erhalten; ein Drittel der mehrere 100 Zentner betragenden Erbsenladung ist beschädigt. Der Dampfer ist zur Nothreparatur nach Pillau gebracht worden.

Strasburg i. E., 30. Nov. Die amtliche „Straßb. Corr.“ bezeichnet die in verschiedenen Blättern erwähnten Gerüchte von dem Rücktritt des Staatssekretärs v. Puttkamer als jeder Begründung entbehrend.

Wien, 30. Nov. Wie die „Pol. Corr.“ meldet, findet heute Abend die Schlussitzung der österreichischen und schweizer Delegirten für den Rhein-Regulierungsvertrag statt behufs Erledigung von Formalitäten. Die Ausfertigung und die Unterzeichnung im Auswärtigen Amte erfolgt wahrscheinlich in den nächsten Tagen.

Rom, 30. Nov. Senat. In geheimer Abstimmung wurde heute mit 69 gegen 52 Stimmen die Gültigkeit der Ernennung des früheren Deputirten Zuccaro zum Senator verworfen. Ein derartiger Fall ist bisher nicht vorgekommen.

Paris, 30. Nov. Brissot begab sich heute Vormittag ins Elysee, um dem Präsidenten Carnot mitzutheilen, daß er sich im Laufe des Tages mit seinen politischen Freunden über Bildung des Kabinetts berathen wolle, er könne erst am Abend eine definitive Antwort darüber ertheilen, ob er die Mission zur Bildung des Kabinetts übernehme.

Paris, 30. Nov. Bezüglich des Protestschreibens des Generalstaatsanwalts Quesnay de Beaurepaire an den Präsidenten der Panama-Untersuchungs-Kommission verlautet, daß der Generalstaatsanwalt in demselben die Trennung der Gewalten als die Grundlage des öffentlichen Rechts erkläre. Er sei bereit, in der Vertheidigung der Rechte des Richterstandes und der Advokatur zu fallen und könne keinerlei Einmischung in die Sphäre des Gerichtes acceptiren. Er wolle nicht seine Entlassung nehmen, sondern seine Abfertigung abwarten, damit die Frage der Unabhängigkeit der Gerichte prinzipiell gelöst werde.

Paris, 30. Nov. (Panama-Untersuchungs-Kommission.) Der Direktor eines Spekulationshauses, Thierree deponirte vor der Kommission, da Reinach bei der Bank von Frankreich 3 900 000 Franks für Rechnung des Hauses eingezahlt habe, so habe diese 27 Checs von Reinach eingelöst. Thierree weigerte sich die Namen der Empfänger zu nennen; drei Mitglieder der Kommission begleiteten in Folge dessen Thierree in sein Geschäftslokal, um die betreffenden Checs = Abschnitte einzusehen. Die drei Mitglieder stellten die Checsnummern und die Checsbeträge auf 26 fest, wovon zwei je auf eine Million lauten. Die Kommission erluchte den Justizminister, die Checs zu beschlagnahmen, Ricard antwortete, er habe den Antrag dem Oberstaatsanwalt übergeben.

Der Schreibfachverständige Flory, der die Bücher der Panama-Gesellschaft geprüft hat, weigerte sich, Aussagen zu machen, indem er sich hinter das ihm obliegende Geschäftsgeheimniß verhielt. Die Kommission vernahm sodann den Vorgänger Florys, Rossignol, welcher bestätigte, daß Reinach von der Panama-Gesellschaft neun Millionen Franks eintausst habe, die Summe sei in den Büchern der Gesellschaft eingetragen, jedoch ohne Begründung. Rossignol gab Einzelheiten über die durch die Panama-Gesellschaft an jedes Journal zur Vertheilung gekommenen Summen; die unter der Bezeichnung „Kosten für Veröffentlichung“ ausgegebenen Summen überstiegen 20 Millionen Franks. Rossignol erklärte im Verlaufe seiner Vernehmung, er habe unter den Namen keine politisch bekanntere Persönlichkeit gefunden.

Brüssel, 30. Nov. Eine heute hier eingegangene Depesche des Gouverneurs des Kongostaates erwähnt die anderweitig verbreiteten Nachrichten von einer Niedermetzelung der Antislaverei-Expeditionen unter Kapitän Jacques und Kapitän Bia am Tanganika nicht.

London, 30. Nov. „Reuters Bureau“ meldet aus Auckland vom 29. d. M.: Nach den letzten Nachrichten aus Samoa herrscht daselbst vollständige Ruhe; die Streitigkeiten der Häuptlinge auf der Insel Tutuila sind beigelegt.

Portsmouth, 30. Nov. Das zur Aburtheilung des Kapitäns und des Kommandanten des bei Ferrol gescheiterten Panzerschiffes „Howe“ eingelezte Kriegsgericht hat die Angeklagten von jeder Schuld freigesprochen, weil die denselben vorgelegenen Marine-Karten der englischen Admiralität ungenau und unrichtig gewesen seien.

Sofia, 30. Nov. Die Sobranje bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung einen Kredit von 50 000 Fres. für die Be-theiligung Bulgariens an der Ausstellung in Chicago. Bei der Verathung des Fabrikmarkengesetzes verlangte der Delegirte für Philippopol die Anwesenheit des Finanzministers Matschewitsch, der das Gesetz eingebracht hatte. Von der Sobranje eingeladen, den Gesetzentwurf zu vertreten, weigerte sich Matschewitsch, in der Sobranje zu erscheinen, worauf Stambulow das Gesetz vertrat. In Folge dieses Zwischenfalles zirkulirt hier das Gerücht von der Demission Matschewitschs, welche, wie verlautet, durch einen heftigen, gegen Matschewitsch gerichteten Artikel des Philippopeler Blattes „Malak Bestnit“ veranlaßt sein soll.

Sofia, 30. Nov. Der Prinz Ferdinand hat die Demission des Finanzministers Matschewitsch nunmehr angenommen. Der Prinz und die Kollegen des Finanzministers hatten sich wiederholt bemüht, Matschewitsch zur Zurückziehung des Entlassungsgesuchs zu bewegen. Matschewitsch bestand jedoch auf der Demission, auch nachdem ein in der „Swoboda“ veröffentlichter Artikel die Insinuation des „Malak Bestnit“, daß Matschewitsch gegen die liberale Partei und gegen Stambulow Klänke schmiede, zurückgewiesen und die korrekte Haltung des Finanzministers hervorgehoben hatte.

Sofia, 30. Nov. In der heutigen Sitzung der Sobranje machte Ministerpräsident Stambulow von dem Ufas Mittheilung, durch welchen der Justizminister Sallabaschew interimistisch mit Leitung der Finanzen betraut wird.

Paris, 30. Nov. Brissot erstattete Abends Carnot Bericht und legt morgen seine Bemühungen zur Kabinettsbildung fort.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im November und Dezember 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur i. Celsius
30. Novm. 2	751.4	SW frisch	halbbelirt	+ 1.7
31. Abends 9	751.3	S stark	heiter	+ 0.8
1. Morgs. 7	754.2	S stark	bedeckt	+ 2.5

*) Vormittags Schnee.

Am 30. Nov. Wärme-Maximum + 2.7° Cels.

Am 30. „ Wärme-Minimum - 1.3° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. Nov. Morgens 0.04 Meter unter Null.
= 3. „ Mittags 0.01 = unter Null.
= 1. Dez. Morgens 0.04 = unter Null.

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurze.

Breslau, 30. November. (Schlußkurze.) Geschäftslös. Neue Proz. Reichsanleihe 86.90, 3 1/2 Proz. 4-Ständ. 87.85, Konso. Türken 21.50, Türk. Loose 92.25, 4 Proz. ung. Goldrente 96.00, Bresl. Diskontobank 96.50, Breslauer Wechselbank 96.50, Creditbank 168.25, Schles. Bankverein 112.25, Donnerstagsbörse 82.50, Flöthner Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114.50, Oberschles. Eisenbahn 48.00, Oberschles. Portland-Zement 70.00, Schles. Cement 114.50, Oppeln. Zement 85.25, Schl. D. Zement 113.50, Frankfurt 122.00, Schles. Zinkfalten 186.50, Laurahütte 100.25, Verein. Delfabr. 92.75, Oesterreich. Banknoten 169.90, Russ. Banknoten 200.60, Gieseler Cement 72.00.

Rio de Janeiro, 29. Nov. Wechsel auf London 13 1/2.

Produkten-Kurze.

Köln, 30. Nov. (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 16.25, do. fremder loco 17.00, p. November —, per März 16.55. — Roggen hiesiger loco 15.75, fremder loco 16.75, per Novbr. —, per März 14.35. Hafer hiesiger loco 15.75, fremder —, Rübsöl loco 56.00, per Nov. —, per März 53.50. — Wetter: Milde.

Bremen, 30. November. (Börsen = Schlusssicht.) Rapuniries Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Fass = 160 Liter. Fest. 5.55 Br.

Schmalz. Fest. Schafar — Pf., Biscox 49 Pf., Choice Groceries schwimmend, 50 Pf., Armour 51 Pf., Rohe u. Brother (pure) schwimmend, 50 Pf., Rahrhanks 40 Pf.

Speck. Ruhig. Nov.-Abladung 43 Br., Dez.-Januar-Abladung eoctr clear middl. 41 Br., long clear middl. 40 Br.

Tabak. 460 Baden St. Felix, 31 Baden Mexiko, 140 Risten Seebach, — Fäßer Kentuch, — Virgin, — Fäßer Scrubs.

Bremen, 30. Nov. (Kurs der Effecten- und Kassen-Bereins) Novbr. Novbr. Wollammetz und Baumgarn-Spinnerei-Aktien 155 Br., Novbr. Lloyd-Aktien 102 bez.

Hamburg, 30. Nov. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezbr. 78 1/2, per März 77 1/2, per Mai 76 1/2, per Sept. 76. Ruhig.

Hamburg, 30. Nov. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pSt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Novbr. 13.90, per Dezbr. 13.85, per März 14.30, per Mai 14.47 1/2. Behauptet.

Hamburg, 30. Nov. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 152—156. — Roggen loco ruhig, medlenb. loco neuer 136—140, russ. loco ruhig, transit 112—114. Hafer loco. Gerste ruhig. Rübsöl (unverz.) still, loco 53. — Spiritus loco festig, p. Nov. 22 1/2 Br., p. Nov.-Dez. 22 1/2 Br., p. Dez.-Jan. 22 1/2 Br., p. April-Mai 22 1/2 Br., per Mai-Juni —, Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. — Petroleum matt, Standard, white loco 5.40 Br., pe. Dez. 5.30 Br. — Wetter: Stürmisch.

Wien, 30. Nov. Productenmarkt. Weizen loco fester, per Frühjahr 7.51 Gd., 7.53 Br., per Herbst 7.65 Gd., 7.67 Br. Hafer

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. J. Deder u. Co. (A. Köstel) in Bosen